

# Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

## Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

112. Jahrgang

**Bezugspreis:** In Leipzig und Umgegend monatlich 1,20, vierteljährlich 3,50, halbjährlich 6,50, jährlich 12,00. In den übrigen Provinzen monatlich 1,30, vierteljährlich 3,75, halbjährlich 6,75, jährlich 12,50. Ausland monatlich 1,50, vierteljährlich 4,25, halbjährlich 7,75, jährlich 14,00. Postgebühren sind eingeschlossen. **Druckerei:** Dr. Erich Goerth, Leipzig.

**Anzeigenpreis:** Die erste Zeile zu 50 Pf. für den Tag. Zweite Zeile zu 40 Pf. für den Tag. Dritte Zeile zu 30 Pf. für den Tag. Vierte Zeile zu 20 Pf. für den Tag. Fünfte Zeile zu 15 Pf. für den Tag. Sechste Zeile zu 10 Pf. für den Tag. Siebte Zeile zu 8 Pf. für den Tag. Achte Zeile zu 6 Pf. für den Tag. Neunte Zeile zu 5 Pf. für den Tag. Zehnte Zeile zu 4 Pf. für den Tag. Elfte Zeile zu 3 Pf. für den Tag. Zwölfte Zeile zu 2 Pf. für den Tag. Dreizehnte Zeile zu 1 Pf. für den Tag. Vierzehnte Zeile zu 1 Pf. für den Tag. Fünfzehnte Zeile zu 1 Pf. für den Tag. Sechzehnte Zeile zu 1 Pf. für den Tag. Siebzehnte Zeile zu 1 Pf. für den Tag. Achtzehnte Zeile zu 1 Pf. für den Tag. Neunzehnte Zeile zu 1 Pf. für den Tag. Zwanzigste Zeile zu 1 Pf. für den Tag. Einmalige Anzeigen zu besonderen Preisen. **Verlag:** Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

№r. 210

Freitag, den 26. April

1918

# Im Kampf um den Kammberg

W.D. Berlin, 25. April, abends. (Amlich.)  
Die Armee des Generals Sirl von Armin steht im Kampf um den Kammberg.

## Die Schlacht an der Mole von Zeebrügge

Der Kriegsbildungsleiter Karl Rosner meldet über den abgeschlossenen englischen Angriff:

**Zeebrügge, 23. April.**  
Die steigenden Räte, die die Engländer durch die Arbeit unserer U-Boote getrieben wird, haben die englische Marine heute nacht zu einem kühnen und mit verhältnismäßig großen Mitteln angelegten Handreich gegen zwei Anstaltsinseln unserer Handelsflotte unterbrochen, gegen Ostende und Zeebrügge veranlaßt. Das Unternehmen sollte die starken Werke der Mole niederhauen und gleichzeitig die Auslaufschleusen des Zeebrügger Kanals ebenso wie den Auslauf des Ostender Kanals sperren, und damit unsere U-Boote von ihrer Operationsbasis bzw. von ihrem Jagdgebiet dauernd trennen. Keines von diesen Zielen ist erreicht worden.  
Der Handreich, den der Gegner mit so großen Hoffnungen unternahm, war vom Wetter im höchsten Maße begünstigt. Es lag in der verflochtenen Nacht so dicht über der See, daß es kaum möglich war ein Dutzend Meilen weit zu sehen. Als ersten Angriffspunkt wählten sich die Engländer eine Strecke der Mole gewöhnlich, die etwa im ersten Drittel des langen nach Nordost gebogenen Molenbogens liegt und im Gegensatz zu den übrigen aus Beton und Granit gegliederten Teilen des mehrere Kilometer langen Damms aus Eisengittereisen gebildet ist. In diese Verbindungsstelle machte sich ein englisches, mit Sprengmitteln beladenes U-Bootboot um etwa zwei Uhr nachts in Sicht des nördlichen und künstlichen Rebeles heran. Es fuhr so tief wie möglich in das Gefüge, boorte seine Befugung aus und sprengte sich und den darüber liegenden Molenstein dann mittels Zündschnur der Sprengladung in die Luft. Das Manöver hatte den Zweck, eine Trennung des in die See hinausgehenden Hauptteiles der Mole, auf dem sich unsere militärischen Abwehranlagen befinden, von der Landboots herbeizuführen und so das Herandrängen von Verstärkungen zum Lande her für den als nächstes Vorhaben angelegten Versuch der Eroberung der Mole unmöglich zu machen. In der Tat ist es dem Gegner gelungen, eine etwa 25 Meter breite Lücke an der Sprengstelle in den Zug der Mole zu reißen. Seine gleichzeitige mit dieser Sprengung kam ein starkes Geschwader englischer Kampfschiffe, das unsere U-Boote im Rebeles umgeben hatte, um den Kopf der Mole auf den Hals zu setzen. Wir hatten als Sperre im verlängerten Anschluß an die Mole mehrere große Torpedos; einer von diesen wurde durch Abschlag versenkt, und die englischen Schiffe trafen, während unsere Batterien sie sofort schwer unter Feuer nahmen, in den Hafen ein. Ein 5800 Tonne großer Kreuzer, der 500 Mann englischer Marineinfanterie an Bord hatte, legte sich zugleich an die Außenwand der abgebrochenen Mole, versuchte Fallbrücken zu werfen, und über diese, sowie auf Entlastern seine Stürme zu landen. Er land in der Besetzung des Molenkopfes kampfbereite Gegner, die sich dem Eindringlings sofort entgegenwarfen.  
Wann nun Mann wurden die Engländer, wie sie auch nur den Kopf über die Molenwand reckten, abgeschossen, daß sie nach rückwärts in die See schlugen. Inzwischen feuerte ein deutsches Torpedoboot, das an der Mole lag, rasselnd in den englischen Kreuzer hinein. Die Mannschaft dieses Torpedobootes war angeblich vor dem Angriff wegen Fliegeralarms in die Unterseeboote geschickt worden — nun bedienten allein drei Offiziere die Geschütze.  
Den so vereinten Kräften gelang es, den schwer beschädigten Kreuzer zum Ablassen von der Mole zu zwingen. Etwa ein Dutzend Engländer, darunter ein Hauptmann, hatte lebend den Boden der Mole erreicht, sie wurden gefangen genommen. Mählig schleppte sich der abgebrochene Kreuzer in See. — Er schien nach einer Weile die Manövrierfähigkeit völlig zu verlieren und wurde von mehreren Booten vorübergehend beschossen.  
Während dieser Kampf im Rebeles tobte, hatten sich weiter drei kleine Kreuzer älteren Systems im Umfange von etwa 2000 bis 2500 Tonnen in Begleitung zahlreicher aus Rebelesflotten kleinerer

Motortorpedos dem Eingang des Zeebrügge-Brügge-Kanals genähert; sie wollten die Schleuse erreichen. — Zwei dieser kleinen Kreuzer kamen auf einige hundert Meter an die Kanalmündung heran und schlugen sich da auf Grund, der dritte wurde, lange ehe er seinem Ziele auch nur nahe kam, durch einen Volltreffer zum Sinken gebracht. Die Kreuzer verließen nun ihre Befugung auf U-Booten zu berufen; zehn bis elf dieser Boote wurden auf dem Rückmarsch aus dem Hafen abgeschossen. Die beiden etwa 200 Meter vor der Kanalmündung auf Grund gegangenen kleinen Kreuzer waren mit Zement gefüllt und sollten, falls der Anschlag gelang, ein nur schwer zu beseitigendes Sperrhindernis für unsere U-Boote bilden.  
Der Plan ist auch hier mißglückt, die Schiffe verengern an der Stelle, an der sie liegen, zweifels die Passage, aber die verbliebene Fahrtrinne ist breit genug, um auch unseren großen Booten die Aus- und Einfahrt nach wie vor zu gestatten. Im übrigen sind die Arbeiten zu ihrer Wegdämmung bereits im Werke. Ebenso ist das aus der Mole gesprungene Verbindungsglied bereits durch einen Brückenbau ersetzt. Die gesamten Anlagen an dem als Angriffspunkt ersehenen nördlichen Teile der Mole sind vollkommen unversehrt geblieben, so daß die Engländer ihre sehr starken künftigen Verluste und die Hingabe dreier kleiner Kreuzer völlig erfolglos erlitten.

**Der Kaiser in Zeebrügge**  
Zeebrügge, 25. April. (Drahtbericht.) Am frühen Morgen des 23. April holte der Kaiser die ersten Nachrichten von dem im Laufe der Nacht erfolgten Handreich der Engländer auf die Mole und den Kanal von Zeebrügge erhalten. Schon in früher Vormittagsstunde traf er in Zeebrügge ein, wo der Kommandierende des Marinekorps, Admiral von Schroeder, ihn erwartete und zunächst vor der Karte eine Darstellung der Kampfhandlung gab. Der Vortrag war reichlich viel Schrapnell- und Maschinengewehrfener als Begleitende, denn die englischen Flieger versuchten immer wieder in Schilde des dunkigen Wetters heranzukommen, um die Ergebnisse des nächsten Ueberfalls zu erkunden. Nach dem Vortrage begab sich der Kaiser auf die Mole, wo er sich davon überzeugte, daß der durch die Sprengung der Eisenbrücke verursachte Schaden seine vorläufige Behebung schon gefunden hat, und daß eine endgültige Ueberbrückung der Lücke in wenigen Tagen erfolgt sein kann. Ebenso überzeugte er sich von dem vollkommen guten Zustand aller unserer Anlagen und Einrichtungen auf dem äußeren, dem Angriff als Ziel gerichteten Molensteile. Hierauf begab er sich zu der Kanalschleuse und zum Kanalende, in dem die beiden verenkten, mit Zement beladenen Kreuzer liegen, und ließ sich hier vor dem Gelände des nördlichen Kampfes noch einmal den genauen Hergang von mehreren an dem Kampfe beteiligten Offizieren darstellen. Als der gefangene englische Marineinfanterie-Hauptmann eben vorübergeführt wurde, ließ der Kaiser ihn zu sich kommen, um auch die Darstellung des Kampfes von dieser gegnerischen Seite zu hören. Der Hauptmann gab zu, daß die Vernichtung unserer Einrichtungen auf der Mole und die Abblennung unserer U-Boote von den Ausfallstellen in Zeebrügge und Ostende das Ziel des lange vorbereiteten und mit großen Mitteln ausgeführten Unternehmens waren. Der Ueberfall wäre bereits viermal angelegt und eingeleitet gewesen, jedoch jedesmal an der Wachsamkeit unserer Vorpostenboote gescheitert. Erst in dieser unangenehmen Nacht hätten die dicken Rebeles den Angriff ermöglicht — leider ohne daß ihm der erstrebte Erfolg beschieden gewesen wäre. — Der Kaiser zeichnete darauf mehrere im Laufe des Krieges besonders rühmlich hervorgetretene Offiziere, darunter die Marineflieger Christianen und Killinger, durch Ansprechen aus.

## Der Kaiser in Zeebrügge

**Wien, 25. April. Amlich wird gemeldet:**  
Am oberen Devote in Albanien schlugen wir in den letzten Tagen französische Vorkräfte zurück. Im Südwesten nichts Neues. Der Chef des Generalstabes.

## Österr.-ungar. Heeresbericht

Wien, 25. April. Amlich wird gemeldet:  
Am oberen Devote in Albanien schlugen wir in den letzten Tagen französische Vorkräfte zurück. Im Südwesten nichts Neues. Der Chef des Generalstabes.

## Holländische Regierungserklärung

London über die schwebenden Verhandlungen.

**Haag, 25. April. (Eig. Drahtbericht.)** Hollands Neuwes-Kammer meldet: Heute führte der Abgeordnete Cremers in der Ersten Kammer durch eine Anfrage über die schwebenden internationalen Fragen eine amtliche Erklärung herbei. Der Fragesteller forderte die Regierung auf, sich zu den in den letzten Tagen in der holländischen Presse ausgekauften beantragenden Gerichten zu äußern, besonders darüber, ob jetzt ein Handelsverbot zwischen Holland und Amerika betrieben werden solle, und was in der Art, daß drei in holländischen Hoheitsgewässern befindliche Schiffe nach Amerika gehen könnten, während gleichzeitig drei in Amerika liegende Schiffe nach Holland abzufahren hätten. Ferner, ob die Alliierten diesen Schiffen Dankschreiben und alle Erleichterungen gewähren wollten, und wie der Stand der wirtschaftlichen Verhandlungen mit Deutschland sei.

Der Minister London erklärte sich zur sofortigen Beantwortung aller gestellten Fragen bereit. Er äußerte sich auch zu den anderen schwebenden internationalen Angelegenheiten, besonders zu der russischen Staatschuldenfrage. Dabei führte er u. a. aus: Die niederländische Regierung ist bereit, den Pendelverkehr zwischen Holland und Amerika aufzunehmen, wenn sie des Erfolges im voraus sicher sein wird. Von England liegt eine schriftliche Erklärung vor, daß Schiffe nach dem 22. März nicht mehr beschlagnahmt werden sollten. Ich habe gestern hierüber mit dem amerikanischen Gesandten gleichfalls konferiert, der sich dahin äußerte, daß ein Mißverständnis vorliegen müsse, denn aus den bisherigen Dokumenten gehe doch hervor, daß man darauf rechnen könne, daß holländische Schiffe, die nach dem 22. März amerikanische Häfen anlaufen würden, nicht mehr beschlagnahmt werden sollen. Ich bin trotzdem der Ansicht, daß ich eine ausdrückliche Erklärung von den beteiligten Regierungen bezüglich der sicheren Rückkehr der Schiffe haben muß. Falls es dann zu einem Pendelverkehr von sechs Schiffen kommt, kann allmählich die Holland-Verkehrsflotte von 100 000 Tonnen Getreide herübergeschafft werden. Aber ich muß auch von den Vereinigten Staaten die Sicherheit haben, daß dem Verkehr keinerlei Schwierigkeiten bereitet werden. Ich habe mich nach Berlin gewandt und glaube, daß Deutschland keine Einwände machen wird. Aber nur wenn eine absolute Sicherheit vorliegt, kann ich die Schiffe ausfahren lassen. Dadurch, daß die alliierten Re-

gierungen die holländischen Schiffe beschlagnahmten, ist der Wirtschaftsverkehr mit den Alliierten hinlänglich gemindert. Ich glaube aber, daß die alliierten Regierungen den Verpflichtungen, die sie Holland gegenüber haben, nachkommen werden. Eine Sicherheit darüber habe ich allerdings nicht in Händen. Ueber die holländischen Schiffe in den in diesen Häfen weil ich nichts. Vielleicht sind die Renterischen Berichte zutreffend, vielleicht auch nicht.

Ich bedauere lebhaft die Verzögerung der deutsch-holländischen wirtschaftlichen Verhandlungen. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß diesmal, im Gegensatz zu den früheren Verhandlungen, Sachverständige in die Kommission berufen worden sind, was zu einer eingehenden und zeitraubenden Prüfung geführt hat. Auch muß man sich über die Stellungnahme der alliierten Regierungen zu den einzelnen Punkten vergewissern. Ueber den Gang der Verhandlungen kann ich noch nichts Bestimmtes sagen. Sie gehen auch nur deshalb langsam vorwärts, weil Holland augenblicklich nur über wenige Ausfuhrartikel verfügt. Die Sand- und Kiesfrage ist als ernst zu betrachten. Einzelheiten kann ich nicht geben, was die Kammer wohl verstehen wird.

**Haag, 25. April. (Eigener Drahtbericht.)** Heute mittag ist ein dringender Ministerrat einberufen worden.

## Demission des Kabinetts Seidler?

Wien, 25. April. (Drahtbericht) unseres Sonderberichterstatters.) Nachmittags veranlaßt, daß die Ministerkrisis vorläufig beigelegt sei. Die Hauptursache hierzu dürfte darin zu suchen sein, daß die Christlichsozialen es ablehnten, etwaige deutschnationale Opposition mitzumachen, wodurch diejenigen deutschnationalen Gruppen, die die Regierungspolitik auch fernwärts zu unterstützen bereit waren, die Oberhand erzielten. Trotzdem muß die innere Lage als andauernd kritisch beurteilt werden.  
Im Parlament verlautet, daß das Kabinetts Seidler im morgigen Ministerrat, der telegraphisch einberufen wurde, beschloßen hat, dem Kaiser die Demission des Kabinetts zu unterbreiten. Heute erwartet man die formale Demission des Kabinetts. Ob sie angenommen wird, steht noch nicht fest, doch spricht man in parlamentarischen Kreisen von einem Kabinetts des jetzigen Außenministers Grafen Elna-Farouca.

## Zwei soziale Gesetze

E. E. „Jetzt erst recht Sozialpolitik“ hat der verstorbene Bassermann unter dem Eindruck der Kriegserlebnisse ausgesprochen. Er, von jeher ein Befürworter und in seiner Partei auch Bahnbrecher der Sozialpolitik, erkannte mit geschärften Augen, als der Krieg den ganzen Umfang der deutschen Volkskraft enthüllte und die im stillen längst gewandelte Benennung der Arbeiterklasse gegenüber Nation und Staat zutage brachte, daß an diesen hochinteressanten Ergebnissen auch die deutsche Sozialpolitik ihren sehr wesentlichen Anteil hatte. Sie, die von der äußersten Linken vielfach aus Agitationsgründen bekämpft worden war, weil die revolutionären Geister innerhalb der Sozialdemokratie die sich anbahnende Auslösung des Arbeiterstandes mit dem bestehenden Staat ohne Freude sahen, ist in der Tat nicht nur eines der schönsten Ruhmesblätter der deutschen Friedensgeschichte, nicht allein ein vorbildliches Beispiel einer Qualitäts- und Kulturpolitik — der Gegensatz wäre eine rein extensive oder bloße Machtspolitik —, sie hat auch zur inneren Einigung der Nation, soweit sie erreicht worden ist (und im großen gesehen, ist sie ja doch in recht erheblichem Umfange erreicht worden), entscheidend beigetragen.  
Der Abgeordnete Bassermann hatte jedoch, als er jenen Ausspruch tat, offenbar auch erkannt, daß es nicht genügt, sich nun über das bisher erreichte Maß von Einigkeit zu freuen und es im Kriege zu verwerten, aber auch während des Krieges von ihm zu gehen und ein gut Teil davon wieder zu verwirflichen, sondern daß unablässig in der alten Richtung, die zu so guten Erfolgen geführt hat, weitergearbeitet werden muß, daß jene Quelle innerer Ausgeglichenheit im Fluße zu erhalten ist, und daß gerade der Krieg neue Wunden schlug, zu deren Heilung neue große Mittel notwendig sind.

Zwar wurde in manchen Kreisen der Industrie bald nach Kriegsausbruch die Ansicht laut, nun sei es mit der Sozialpolitik auf lange hinaus zu Ende; in absehbarer Zeit werde Deutschland die Mittel nicht haben, um sich diesen zwar sehr rühmlichen, aber auch sehr kostspieligen Luxus zu leisten. Nun, wenn es sich wirklich um einen Luxus handelte, dann wäre diese Ueberlegung richtig. Es handelt sich aber um das genaue Gegenteil von Luxus. Nämlich nicht um ein Ornament am Reichtum, sondern um ein Fundament. Nicht um eine letzte Wüste einer hochentwickeltesten Kultur, sondern um eine Wurzel, von deren gesunder Funktion das Wachsen und Gedeihen des deutschen Volkstammes abhängt. Es handelt sich nicht um einen schönen Ueberfluß, den wir uns gestatten könnten, nachdem die notwendigen Bedingungen unseres Daseins erfüllt wären, sondern um eine unerlässliche Voraussetzung. Nicht um ein Ende, sondern um einen Anfang. Sozialpolitik ist ja nur ein allgemeiner Begriff für eine große Reihe von Bestrebungen, die im einzelnen von jedem als wichtig und dringend anerkannt werden, sei es nun, daß man z. B. in besonderen von der Bevölkerungs- politik oder, noch mehr ins Besondere gehend, vom Wohnungsproblem spricht und dergl. mehr. Denn die Sozialpolitik ist in gewissem Sinne auch nichts anderes als Bevölkerungs- politik, nur daß sie weniger der Vermehrung der Bevölkerung dient als ihrer Erhaltung; das „schadenverhütende Wirken der sozialen Versicherung“ ist ja in den letzten Jahren vor dem Kriege immer mehr in den Vordergrund getreten.

Jene Industriellen nun, die so einseitig und kurzfristig urteilten, haben schon vor dem Kriege erklärt, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie werde durch unsere Sozialpolitik erschwert und würde schließlich gänzlich unterbunden werden. Das lag freilich auf der Hand, daß Völker ohne oder mit geringer Sozialpolitik billigere Arbeitskräfte hatten, aber ebenso lag auf der anderen Hand, daß ihnen unsere „qualifizierten“ Arbeitskräfte nicht zu Gebote standen. Ohne diese benutzten Arbeitskräfte aber war wiederum die deutsche „Qualitätsarbeit“, die allein dem deutschen Export seinen großen Weg in der Welt ermöglicht, nicht zu denken. Und somit war der Schluss sehr einfach und unabweisbar: daß wir ohne unsere Sozialpolitik den hohen Stand unserer Konkurrenzfähigkeit, den wir vor dem Kriege in der Tat erreicht hatten, niemals erlangt hätten. Die Sozialpolitik, weil entfernt, lediglich eine Beeinträchtigung unserer wirtschaftlichen Ausbreitung zu sein, gehört vielmehr zu deren Grundlagen.

Von solchen Gesichtspunkten aus begreift es sich, daß eine einstimmige Reichsleistung sich nicht nur sagt: „Nach dem Kriege erst recht Sozialpolitik“, sondern daß sie sich schon während des Krieges, ja mitten in der dringlichsten Arbeit für die Durchführung des Krieges selber, entschließt, Gesetze einzubringen, die — im großen gesehen — ebenfalls in den weitestgehenden Rahmen der deutschen Sozialpolitik hineingebören, nämlich die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und die Errichtung von Arbeitskammern. Dabei handelt es sich eigentlich einerseits, beim § 153, nur um die Befreiung eines von der gesamten Arbeiterschaft (soweit sie nicht der wenig zahlreichen vertretenen wirtschaftsfriedlichen Richtung angehört) längst beanstandeten Ausschusses der Koalitionsfreiheit, und auf der anderen Seite, bei den Arbeitskammern, um die Erfüllung eines seit langer Zeit von derselben Seite geltend gemachten Wunsches.

Der § 153 soll beseitigt werden, weil er sich immer mehr als unnötig herausgestellt und ganz unheimlich viel Verärgerung geschaffen hat. Die Begründung des Entwurfes, die wir im gestrigen Abendblatt in ihren Hauptstellen abdruckten, tat die Entschiedenheit der zu beseitigenden Bestimmung dar. Vergleicht man damit die Summe von Erbitterung, die das Bestehen des Paragraphen und seine gelegentliche Anwendung, aber auch der Kampf um seine Verdrängung in Jahrzehnten angefangen hatte, und die der staatsfeindlichen Agitation zutage gekommen war, so kann man sich nur freuen, daß nun an das Gedächtnis an einige der unerfreulichsten Abschnitte unserer innerpolitischen Kämpfe wenigstens nicht immer wieder aufgedrängt werden wird. Man kennt solche innerpolitischen Eiterbeulen ja auch auf anderen Gebieten. Es braucht nur an den Streit um die Erbschaftsteuer und auch an den um das preussische Wahl-



recht erinnert zu werden. Alle diese Fälle haben das gemeinsam, daß die Schmerzhaftigkeit des Krankheits- und Heilungsprozesses durch die Dauer der falschen Behandlung schließlich unverhältnismäßig größer geworden ist, als der eigentlichen Gefährlichkeit des Falles entspräche. So ist der Ertrag, den die bisherige Erbschaftsteuer bringt, aber auch der, den eine ausgebautere Erbschaftsteuer bringen könnte, winzig gegenüber der Unsumme von Aufreißung, zu der das Verhalten ihrer Gegner, namentlich im Jahre 1909 bei der sogenannten großen Finanzreform, geführt hat. Ähnlich ist die psychologische Bedeutung der Wahlrechtsfrage allmählich angeheuer groß geworden, weit größer als die technische Bedeutung der Reform ist. So steht es nun also auch mit dem § 153. Die Regierung hat jetzt selber zugegeben, daß man ganz gut ohne ihn auskommen könnte, und erinnert doch zu gleicher Zeit selber daran, wie oft sie sich bemüht habe, eine Verschärfung seiner Bestimmungen durchzusetzen. Erreicht hat sie damit nichts, als eine je länger je mehr zunehmende Verschärfung des gegen den Paragraphen geführten Kampfes.

Etwas anders steht es mit dem Arbeitshammergesetz. Hierdurch soll die Arbeiterchaft endlich eine ähnliche Vertretung bekommen, wie die Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk in den verschiedenen Kammern ihrer Wirtschaftsgebiete seit langem besitzen. Noch vor kurzem, nämlich gelegentlich des preußischen Entwurfs zur Herrenhausreform, mußte von einer gesetzlich gewährleisteten Vertretung der Arbeiter im preußischen Herrenhaus abgesehen werden, weil die Arbeiterchaft keine Wahlkörper entsprechend denen der Handels-, Landwirtschaftskammern usw. aufzuweisen hatte. — wieder ein Beispiel dafür, wie Rücksichtlosigkeit auf einem Gebiet im Laufe der Zeit leicht immer wachsende Unzufriedenheit erregt, da eben immer neue Gelegenheiten eintreten, bei denen der Mangel neue Zurücksetzungen bedingt.

Nun sollen freilich die Arbeiter keine Arbeiterkammern, wie die Gewerkschaften wünschen, sondern paritätische Arbeitshammern bekommen. Ein früherer Entwurf der Gewerkschaften schlug vor, daß innerhalb der Arbeitshammern gewisse Ämter lediglich von der Arbeiterabteilung vorberaten werden und daß diese Ämter auch eigene Erhebungen vornehmen und selbständige Gutachten erstatten sollte. Auch der Regierungsentwurf sieht für gewisse Fälle eine besondere Beratung, Beschlußfassung und Begutachtung der beiden Gruppen, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor, verlangt aber, daß stets eine gemeinsame Beratung vorangehe, weil die Kammern einigend wirken sollen. Auf einige weitere, weniger wichtige Unterschiede der beiden Entwürfe werden wir noch zurückkommen. In zwei wesentlichen bisher strittigen Punkten hat die Regierung langjährigsten Forderungen der Arbeiter stattgegeben, das ist die Wählbarkeit der Arbeitervertreter und die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter in das neue Gesetz. Ueber diese beiden Punkte konnte lange Jahre keine Einigung erzielt werden, der Krieg hat auch da anhaltend und beruhigend auf die Regierung gewirkt.

### Der Heeresetat im Hauptauschuß

Berlin, 25. April. (Drabbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Im Hauptauschuß des Reichstages verlangte zu Beginn der heutigen Sitzung der Abg. Scheidemann (Soz.) genaue Auskunft über die Ergebnisse an der holländischen Rente, als sie am Mittwoch Kapitän Hebbinghaus gegeben hatte. Eine Antwort der Regierung erfolgte nicht.

Zur Erklärung des Militärbeamtenwesens wird ein zehnjähriger Auschuß eingesetzt.

### Beratung des Heeresetats

In der angelegten Aussprache des Hauptauschusses des Reichstages über den Heeresetat sprach der konservative Abg. Graf, der den durch den sichbornischen Krieg mit der Ukraine entstandenen Konflikt behandelte. Aus diesem Grunde vorwärts wegen des militärischen Vorgehens in der Ukraine überhaupt zu erheben, war aber unangehörig. Uns komme es doch hauptsächlich darauf an, Lebensmittel aus der Ukraine herbeizubekommen, und zwar nicht nur jetzt, sondern für die Dauer. Deshalb war ein militärisches Eingreifen notwendig, um die Feldbestellung zu ermöglichen.

General von Wisberg: Die Rechte der ukrainischen Regierung ist sehr gering. Wir müssen aber unsere Forderungen nach Lebensmitteln durchsetzen und können damit nicht warten. Dieses Vorgehen kann aber nur durch das Militär erfolgen.

### da ein Erfolg des ukrainischen Landwirtschaftsministers bei den Bauern kein Erfolg fand,

Die Frühjahrsbestellung also gefährdet war. Das Vorgehen des Generals von Schörn liegt daher in erster Linie im Interesse der Heimat. Auf eine Behauptung des Vorredners, die Form der Verabschiedung von Offizieren solle vielfach zu wünschen übrig, erklärt der General von Wisberg noch, daß die Verabschiedung der Offiziere mit weitestgehendem Wohlwollen erfolge, leider ließen sich Häuten nicht immer vermeiden.

General von Duen führt aus, daß die Offiziere wie die Truppenteile schon Lenenungsulagen erhalten. Für die mobilen Truppenteile wird die gleiche Maßnahme geplant.

Nach General von Langemann betonte, daß eine entsprechende Ergänzung des Offiziersbedarfsgeleitet erfolgen werde.

Oberst von Berg wies die Angriffe des Abg. Erzberger gegen das Kriegspresseamt zurück. Der größte Teil der Pressewelt fühle sich nicht gekümmert und nicht zum geistigen Werkzeug gewisser Strömungen degradiert. Ein so

enges Verhältnis zwischen Presse und Behörden, wie jetzt, habe früher nie bestanden. Mit Kriegsende werde selbstverständlich das Kriegspresseamt sowie die Zensur aufhören.

Kapitän Hebbinghaus gab eine eingehende Schilderung des Vorfalles der Engländer gegen Hebbinghaus. Die Marine war auf den Seenangriff durchaus vorbereitet; der Feind habe sein Ziel nicht erreicht. Die Reuterischen Berichte könnten ruhig abgedruckt werden; denn die Art der Reuterischen Berichterstattung sei hinreichend bekannt. Gewiß war der Scheid der Engländer in diesem Falle groß; aber dreimal größer war die Tapferkeit unserer Truppen, und die Fremde daran sollen wir uns nicht verderben lassen.

Abg. Wolfen (Fortschr. Vpt.): Hoffentlich erleichtert der ja sehr mögliche Wallertransport die Zufuhr von Kohlen nach den Südländern. Immer noch müsse über bürokratische Maßnahmen geklagt werden. Die militärbürokratischen Maßnahmen in der Ukraine werden nicht ihren Zweck erreichen.

Abg. Haas (Fortschr. Vpt.) verlangt Auskunft über das unerhörte und unverschämte Nachwerk der von Abg. Roske beschriebenen

Instruktion zum Dienstgebranch.

In dieser Instruktion werde u. a. auch gegen das preußische Wahlrecht Stellung genommen.

Abg. Erzberger (Ztr.): Ich habe schon vor längerer Zeit dieses ganze Material dem Kriegsministerium zugesandt. In der Instruktion sind allgemeine Klagen gegen das Zentrum enthalten.

Vorredner Abg. Hebbinghaus: Wenn die hier gemachten Mitteilungen wahr sind, so müssen wir zu ihnen besonders Stellung nehmen, und zwar in Anwesenheit des Reichskanzlers. Ich schlage dafür eine besondere Sitzung Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vor.

Kriegsminister von Hein: Die Instruktion ist dem Kriegsministerium nicht bekannt. Ob es bis Dienstag möglich sein wird, die gewünschten Schriften zur Stelle zu schaffen, ist zweifelhaft.

Abg. Schulenburg (Nat.): Den Offizieren und Mannschaften an der Front sollte einmal die verfassungsmäßige Stellung des Reichstages klargemacht werden.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums betont, daß die Behandlung der Kriegsangelegenheiten bei uns nicht im Vergleich steht zu der Behandlung unserer Gefangenen in Feindesland.

Nächste Sitzung: Freitag.

Der Ernährungsbeirat des Reichstages wird heute eine Sitzung abhalten, um über die Frage unserer Brotversorgung zu verhandeln.

## Die Steuerdebatte im Reichstag

(Drabbericht unserer Berliner Schriftleitung) — Berlin, 25. April.

Am Bundesratspräsidenten Graf Roederer, Schiffer. Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 1/4 Uhr. Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm des ungarischen Monarchenhauses, in dem auf die unerschütterliche Bundesstreue hingewiesen wird. Der Reichstag beschließt, in dem gleichen Sinne zu antworten.

Die Getränkesteuern. Es handelt sich um das Gesetz über den Bierzoll, das Weinsteuererhöhung, die Veränderung des Schaumweinsteuererlasses, die Besteuerung von Mineralwässern, die Erhöhung der Zölle auf Kaffee, Tee, Schokolade und Kakao und das Branntweinmonopol.

Schahsekreter Graf Roederer: Die neuen Steuern sollen 1240 Millionen Mark mehr bringen, als die bisherigen, so daß wir in Zukunft auf diesem Gebiete 1900 Millionen Mark einnehmen werden. Welche Sie diesen Betrag aber nicht nur nach der absoluten Höhe, sondern in Beziehung zu dem ganzen Bedarf, vor dem wir voraussichtlich am Ende des Krieges stehen werden. Der bisherige Ertrag der Getränkesteuern stellt etwa ein Viertel der bisherigen Reichsteuern dar. Ich würde mich aufrichtig freuen, wenn in Zukunft die 1000 Millionen den vierten Teil der künftigen Reichsteuern darstellen würden. — Der Schahsekreter hält gegenüber dem Abg. Waldstein seine Rechnung aufrecht, wonach die direkten Steuern für Reich und Bundesstaaten 9 1/2 Milliarden Mark während des Krieges ausmachen und die indirekten 4 Milliarden. Der Schahsekreter erklärt gegenüber dem Abg. Keil: Ich werde ein Gesetz, mit dessen Lenkung ich nicht einverstanden bin, hier nicht vertreten. Er wendet sich dann den einzelnen Getränkesteuern zu. Die jetzige Maßsteuer hat einen erschreckend niedrigen Ertrag gebracht. Es scheint daher an der Zeit, zur Fabrikationssteuer beim Bier überzugehen. Das Branntweinmonopol, das ja den größten Teil des Ertrages der Getränkesteuern ausbringen soll, hat den Reichstag schon zweimal in anderer Form beschäftigt. Was wir jetzt vorzuschlagen ist eine Verstaatlichung der Spirituszentrale. Eine angemessene Entschädigung ist die durch das Monopol betroffenen Angehörten und Arbeiter ist vorgesehen. Die Chefs der Spirituszentrale haben erklärt, daß sie keine verantwortliche Stellung in der Leitung des Monopols haben wollen und auf eine Entschädigung verzichten.

Die Weinpreise haben während des Krieges eine Steigerung erfahren, daß die Verhältnisse der weinbauenden Kreise, wie aus den Veranlagungsergebnissen der Kommunen zu ersehen ist, sich erheblich gebessert haben. Stetsliche weite Kreise in Weinbau und Weinhandel sind jetzt auch prinzipiell mit dem Gedanken der Heranziehung des Weines zur Besteuerung einverstanden. Wir schlagen Ihnen eine Weinsteuern vor, die wir möglichst weit ab von Produzenten und möglichst nahe an den Verbraucher verlegen wollen. Einzelstaaten, die den Wein versteuern, müssen auf die Besteuerung verzichten und werden dafür eine Entschädigung erhalten. Durch die Besteuerung der Kellerbestände, die ja nicht unbedingt Freude hervorgerufen wird, kommen wir in die Lage, die sehr großen Weinverfeinerungen der letzten Jahre jetzt noch nachträglich zur Steuer heranzuziehen. Das ist eine Weinsteuern in Form einer indirekten Steuer, die vielleicht nicht so ganz unerheblich sein wird. Die Schaumweinsteuer ist auf einen Satz von 3 Mark einheitlich erhöht. Die hergehige Staffelform hat sich nicht bewährt. Auf dem Gebiete der Mineralwässern und der Limonaden sind den vielen schönen Namen hat eine ganz ungeheure Preistreibererei stattgefunden. Eine Steuer wird sich auf diesem Gebiete während der Uebergangzeit einschleichen lassen. Eine solche Steuer wird natürlich von den Vertretern der Branntereien als Ausgleich gefordert. Die Steuern auf Kaffee, Tee und Kakao sind Finanzzölle, die wir in dem bisherigen System auch gehabt haben und an deren Erhöhung wir am Schluß des Krieges unter allen Umständen heranziehen müssen. Da scheint es uns praktischer, diese Frage mit dem Komplex der übrigen Getränkesteuern zu erledigen. Damit ist denn auch für die neuen Sonderverträge eine Tatsache geschaffen, aber die man nicht hinauszogern kann. Bei der Prüfung der Sache dürfte ich zu bedenken, daß es wünschenswert ist, ganze Arbeit zu machen, damit man nicht bei der Gesamtüberprüfung noch einmal kommen muß und Stückwerk gemacht hat.

Abg. Herold (Ztr.): Bei der Biersteuer ist das System vollständig geändert worden. Der Uebergang von der Material- zur Fabrikationssteuer erscheint aber zweckmäßig. Der Bierverbrauch in den einzelnen Bundesstaaten ist verschieden; durch die Besteuerung der Mineralwässern wird hier ein Ausgleich geschaffen. Gegen die Weinsteuern haben wir keine Bedenken; auch die Erhebungssart erscheint zweckmäßig. Die Schaumweinsteuer, die 20 Millionen Mark mehr bringen soll, wird leicht getragen werden.

Bei den Mineralwässern braucht keine Verleserung einzutreten; die Steuern können der Zwischenhandlung übergeben. Der Kaffeeverbrauch wird durch die Zollherabsetzung stark zurückgehen, da sich im Krieg viele an der Erhaltung gewöhnt haben. Der jetzige Branntweinmonopolgesetzentwurf ist ein Mittelweg zwischen den Entwürfen von 1888 und 1908. Durch Uebernahme der Verwaltung des Trinkbraunweins wird eine große Anzahl selbständiger Existenzen vernichtet werden. Zweifelhaft ist es, ob den verschiedenen Geschmacksrichtungen bei einem Monopol Rechnung getragen werden kann. Die Besteuerung ist im Verhältnis zu den Erzeugungskosten ganz außerordentlich. Die Preise werden so hoch bemessen sein müssen, daß ein ganz erheblicher Rückgang des Verbrauchs eintreten wird.

Abg. Müller-Reichenbach (Soz.): Beim Bier soll jetzt der Wassergehalt die Grundlage der Besteuerung sein. Vom Bier als dem „flüssigen Brot“ ist heute nicht mehr die Rede.

Im Frieden würde eine Biersteuer in der vorgeschlagenen Höhe zu Krampfen, in Bayern zur Revolution geführt haben.

Die Getränkesteuern nehmen keine Rücksicht auf das Gastwirtsgerwerb, das jetzt schwer um seine Existenz kämpfen muß. Wir müssen im Ausschuß dafür sorgen, daß eine andere Mischung von direkten und indirekten Steuern zulande kommt. Der fünfte Teil aller Weinzölle wird künftig in die Reichskasse fließen. Ohne Weinzölle wird es nicht abgehen, wenn der erhoffte Betrag aufgenommen soll. Die Weinsteuern geht uns viel zu weit. Die Vorlagen müssen einen stark sozialen Einschlag bekommen, der jetzt in ihnen nicht zu finden ist.

Abg. Dr. Blum (Fortschr. Vpt.) hält dem Staatssekreter vor, daß die direkten Steuern nur einmal erhoben werden, die indirekten aber dauernd dem deutschen Volk auferlegt werden sollen. Die Erfahrungen mit den Kriegsgesellschaften haben

die Sympathie für Monopole erheblich abgehängt oder wenigstens dem Gedanken der Monopolwirtschaft keine weiteren Anhänger gewonnen.

Abg. Schulenburg (Nat.): Die kleinen Brennereien müssen geschützt werden, namentlich solche, die bestimmte Marken brennen. Die Weinsteuern erkennt uns für die kleinen Weine zu hoch. Die Kommission wird zu prüfen haben, ob nicht für sie eine Ermäßigung eintreten kann.

Gegen die Besteuerung der Frucht- und Beerenweine und ähnlicher weinartiger Getränke haben wir Bedenken. Die Bierpreise sind so hoch gestiegen, daß eine weitere Steigerung aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht erwünscht ist. Sie muß aber erfolgen, wenn die neue Steuer kommt. Die Steigerung ist hauptsächlich durch die Erhöhung des Wertepreises eingetreten und andere Verhältnisse, die heute geschäftlich festgelegt sind. Die Staffelform muß noch weiter nach oben durchgeführt werden.

Gegen die Steuer auf Mineralwässern und Limonaden haben wir die allerhöchsten Bedenken.

Die Besteuerung der Limonade ist auch leicht zu umgehen, indem man sich aus Zitronen oder Himbeeren das Getränk selbst bereitet. Der Schaumweinsteuer stimmen wir zu, ebenso der Zollerhöhung auf Kaffee, Kakao und Tee.

Abg. Köhler (Soz.): Eigentlich hätte man diese Finanzreform noch weiter verschoben sollen, bis wir überlegen können, welche Kriegsentwässerung wir erhalten. Beim Bier ist die Fabrikationssteuer der einzig mögliche Weg. Man wendet sich gegen den Eingriff in die Gewerbetreibend. Es gibt aber auch eine Grenze der Freiheit in der Einschränkung. Die Landwirte sind es ja gewöhnt, an allen Ecken und Enden eingegrenzt zu werden. Der Wein war bisher ein Kolonialware.

20 Prozent Steuer sind aber außerordentlich hoch. Man sollte nicht über 10 Prozent gehen. Wir sind bereit höhere Steuern zu zahlen, und werden auch die Interessen der Weingernehmern. Es sind nicht die schlechtesten Leute, die sich auch einmal am Alkohol erfreuen.

Abg. Baum (U. Soz.): Bei den vorliegenden Steuerentwürfen legt die herrschende Klasse den bedürftigen die Lasten auf. Die indirekten Steuern verfolgen eingetandenermaßen den Zweck, der breiten Masse, den kleinen Leuten, größere Lasten aufzuerlegen zu können, weil solche Steuern weniger gefühlt werden. Das wird durch eine verkehrte Politik zu einer Kartellierung gezwungen, bei der die Großen und Kleinen verständigen werden, um das Publikum zu schädigen.

Abg. Ramm (Dsch. Frakt.): Man darf die Steuerentwürfe nicht nach ihren Erträgen beurteilen, sondern nach ihren Wirkungen auf die Volkswirtschaft. Adolph Wagners Bedenken von der Bedeutung des Monopols ist zum ersten Male vermischt.

Damit schließt die Aussprache. Hiermit ist die erste Lesung sämtlicher Steuerentwürfe beendet.

Die Umrah-, West- und Verkehrssteuern werden dem Hauptauschuß übergeben, die Getränkesteuern gehen an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern, das Branntweinmonopolgesetz an einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Das Haus vertagt sich. Freitag 1 Uhr: Anfragen, Schriftverkehr. Schluß 7 Uhr.

Berlin, 25. April. (Drabbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Abg. Geper und Kassel haben folgende Anfrage eingebracht: Das Leipziger Garnisonkommando verbietet den Unteroffizieren und Mannschaften das Lesen und Auslegen der Leipziger Volkszeitung in Kasernen und Massenquartieren, während es 500 Exemplare der Leipziger Neuesten Nachrichten auf eigene Kosten bestellt, die zum Abonnementspreis von 65 Pf. pro Monat an Interessenten abgegeben werden, während der Bezugspreis 1,45 M beträgt. Was gebietet der Herr Reichskanzler zu tun, um die gleichmäßige Behandlung der Tageszeitungen sicherzustellen?

### Der Reichstag schüttelt die „Deutsche Zeitung“ ab

Berlin, 25. April. (Drabbericht.) Der Staatssekreter des Auswärtigen Amtes von Kühlmann machte heute den Führern der Parteien des Reichstages vertrauliche Mitteilungen über die Auktorität der Verhandlungen. Nachdem er geschlossen hatte, nahm Vizepräsident Dr. Paasche das Wort, um dem Staatssekreter für seine Ausführungen zu danken und im Namen der anwesenden Abgeordneten dem Bedauern und dem Unwillen darüber Ausdruck zu geben, daß von der „Deutschen Zeitung“ gegen den Staatssekreter des Auswärtigen Amtes mit persönlichen Verhöhnungen gekämpft werde. Er sei überzeugt, daß keiner dem widerspreche, daß dieses Vorgehen persönlichen Verhältnisse in den politischen Kampf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Diese Ausführungen wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Im Anschluß daran sprach der Vizepräsident persönlich sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß auf die gleiche Weise auch eines der kenntnisreichsten und schärfsten Mitglieder des Reichstages in der geschäftlichen Form angegriffen werde. Die Zeitungen aller Richtungen hätten sich ja auch schon dagegen gemeldet, daß man in dieser Weise die persönlichen Gebiete in den politischen Kampf hineinziehe.

### Der Etat des Innern im Landtag Zweite Kammer

(Drabbericht unserer Dresdner Schriftleitung) — Dresden, 25. April.

Am Regierungstische: Staatsminister Graf Dittum von Eckardt. Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Auf Antrag des Reichertskatters, des Abg. von (Konf.), werden die in den Jahren 1914/15 nötig gewordenen Ueberschreitungen 1. Kapitel 42/32 des Haushaltsplanes des Ministeriums des Innern, Kreis- und Amtshauptmannschaften usw. nachträglich genehmigt.

Es folgt die Schlussberatung über Kapitel 42/43 des Haushaltsplanes (Ministerium des Innern, Kreis- und Amtshauptmannschaften und Zweigamt Sayda sowie Landesamt für Grundbesitzvermessung).

Abg. Schreiber (Konf.) sagt seinem schriftlichen Bericht hinzu, daß man den Eindruck habe, die Regierung habe sich viel zu sehr mit Kleinigkeiten auf.

Die Deputation beantragt Genehmigung.

Abg. Dr. Philipp (Konf.) ist Kritik an den Amtshauptplänen, die oft ausjuche vom grünen Tisch regieren und keinen Widerspruch dulden. Sie sollten sich aber als berufene Hüter der Selbstverwaltung fühlen und ein erträgliches Verhältnis mit der Bevölkerung und den ihnen zur Seite stehenden Stellen herbeiführen.

Abg. Kleinbempel (Nat.) bedauert, daß dem Deutschen Reich kein größerer Anteil an der Getreideernte in der Ukraine zukomme. Er schließt sich der Kritik des Vorredners teilweise an. Ein Teil der Schuld liegt jedoch am System.

Ferner bestrafte er ebenfalls die Verschärfung bei den Behörden.

Abg. Jäge (Soz.) bezeichnet die Regierung als rückständig, was sich wieder bei der Renovierungsfrage erweise. Das Volk werde eine Ermäßigung seiner Rechte nicht gefallen lassen. Er spreche dem Minister

das allerhöchste Mißtrauen seiner Partei aus. Diese werde das Ministergehalt obliegen.

Abg. Brodau (Fortschr. Vpt.) glaubt, daß der Bevölkerung nicht Nahrungsmittel zugewiesen werden könnten. Er kritisiert dann die Tätigkeit des Ministeriums des Innern und dessen Verfallener. Er bringt die Verfassung wegen der Nachforschung beim Erscheinen von Heiratsanzeigen Beamter zur Sprache sowie das Verhalten des Ministers gegenüber den Sozialdemokraten. Er tritt dabei für Aufhebung des Tanzverbotes ein. Endlich polemisiert er gegen die Vaterlandspartei und fordert vor allem, daß den Beamten die Werbefähigkeit für sie verboten werde.

Abg. Geeger (Unabh. Soz.) ist eine sehr abfällige Kritik an allen Tätigkeitsgebieten des Ministeriums des Innern. Als einen besonders krassen Fall der Beschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden führt er

die Leipziger Straßenbahnangelegenheit an. Die Gesellschaft habe zur Einschränkung des Verkehrs das geniale Anhilfsmittel der Tarifierhebung ergriffen und diese unter Umgehung der städtischen Verwaltung auf dem Wege über die Regierung durchgeführt. Das Generalkommando sei der Regierung beigefallen. Auf diese Weise habe das städtische Ministerium eine Hauptstadt wie Leipzig auf deren ureigenem Gebiet in einer Angelegenheit ausgeschaltet, die einen Lebensnerv für das Wirtschaftsleben der Stadt bildet. Da jetzt alle runden, so wolle Sachsen auch seinen Anteil haben und streche seine Finger nach Litauen aus. Vizepräsident Dr. Spieth ruff der Redner zur Ordnung. Die Bevölkerung habe den lebhaften Wunsch, von einer solchen Regierung befreit zu werden.

Abg. Frickhoff (Soz.) stellt mit Genugtuung die Kritik des Abg. Philipp an der Regierung fest und hofft, diese werde sich weiter entwickeln. Die Ministergehälter werde keine Partei erst bewilligen, wenn die Regierung sich auf den Standpunkt der politischen Gleichberechtigung, so zunächst hinsichtlich des Wahlrechtes, stellen werde. Redner kommt dann auf

die Frage der Krankenkassen

zu sprechen und befreit den Regierungschefscheiden das Recht, sich in die Festsetzungen der Gehälter der Krankenkassenbeamten einzumischen. Er wendet sich vor allen Dingen gegen die Bestrebungen der Verantlichung der Kassenbeamten. Es könne nicht alles verstaatlicht werden; es müsse noch andere Leute geben, als Staat und Gemeinde. (Veb. Sehr richtig! im ganzen Haus.) Redner: nimmt sich ebenfalls der Petition der Sozialdemokraten an.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Vpt.): Der Verwaltungskörper arbeitet noch immer viel zu schwermühtig. Die Besorgung der Gemeinden muß bei den Bürgermeistern zunehmende Beforgnis erregen. Durch die knappe Zuweisung an Lebensmittel wird das Volk zum Schließ-











Ämtliche Bekanntmachungen

Wom den übrigen Amtsblättern im Bereiche des XIX. (2. R. 2.) Armeekorps zu entnehmen.

Bekanntmachung

betr. Ausfuhr von Pferden nach Bezirken nichtschifflicher Heeresverwaltungen. (Preußen, Bayern u. Württemberg.)

Die Ausfuhr von Pferden aus dem Verbandsbezirk des XIX. (2. R. 2.) Armeekorps ist mit Ausnahme für den Bezirk des XII. (1. R. 2.) Armeekorps verboten.

Das Verbot gilt für Pferde jedes Alters (auch für Fohlen) und für Pferde, die zu Schlachtmengen bestimmt sind, ohne Rücksicht auf die Kriegsbrauchbarkeit sowie für die Anfuhr der militärischen Dienststellen nichtschifflicher Heeresverwaltungen.

Der entgegen dem Verbot in Ausnahmefällen Pferde nach Preußen, Bayern oder Württemberg versenden oder versenden will, behält für jeden Fall der Verbringung des unterzeichneten Heeres-Generalkommandos. Die Genehmigung ist durch die zuständige Amtshauptmannschaft, in den Städten Leipzig durch das Polizeiamt, in Chemnitz, Riesa und Bautzen durch den Rat der Stadt, sowie im Kreise Ronneburg, S.-M., durch das Landratsamt beim Heil. General-Kommando XIX. (2. R. 2.) Armeekorps in Leipzig nachzusuchen. Der Antrag muß enthalten folgende Angaben: Name, Alter, Geschlecht u. s. w. Über die erfolgte Berücksichtigung oder Ablehnung der Gesuche gibt den Antragsteller schriftlicher Bescheid durch die zuständige Dienststelle zu. Einbahnstationen sind für das Befahren von Pferden bismal nur gestattet, wenn die Ausfuhrerlaubnis des Heil. General-Kommandos XIX. (2. R. 2.) Armeekorps durch eine Bescheinigung der zuständigen Dienststelle nachgewiesen wird. Bescheinigungen militärischer Dienststellen werden hierdurch nicht berührt.

Mit der Heberhebung des Handelsbans der Ausfuhr von Pferden werden die Amtshauptmannschaften, Stadträte und Polizeiamter beauftragt.

Der Verbandsbezirk des XIX. Armeekorps umfasst die Amtshauptmannschaften Leipzig, Chemnitz (ohne Amtshauptmannschaft Riesa) und Riesa, sowie den Verbandsbezirk des XIX. (2. R. 2.) Armeekorps in der Amtshauptmannschaft Ronneburg und den Kreis Ronneburg in dem Herzogtum Sachsen-Meiningen.

Zusammenfassungen gegen dieses Verbot werden nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen mit Gefängnis oder Geldstrafe geahndet. Der Verstoß ist strafbar.

Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft. Leipzig, den 26. April 1918. Nr. 15 Nr. 376221 M. Stell. Generalkommando XIX. (2. R. 2.) Armeekorps.

Der stellv. kommandierende General v. Schweinitz.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung des Rates der Stadt Leipzig für Fleischer und Futtermittelhändler vom 16. Januar 1917 wird dahin geändert, daß

- I. an Stelle der eingangs erwähnten Verordnung über Futtermittel vom 6. Oktober 1916 die Verordnung des Reichsanzeigers vom 10. Januar 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 29) tritt und daß alle Bestimmungen der Ratverordnung vom 16. Januar 1917 als auf Grund von § 14 der Reichsverordnung vom 10. Januar 1918 erlassen zu gelten haben, so daß Zusammenfassungen gegen die Ratverordnung auf Grund von § 18 der Verordnung vom 10. Januar 1918 in Verbindung mit § 2 dieser Verordnung strafbar sind.
II. die eingangs angelegene Verordnung des Stellvertreters des Reichsanzeigers vom 24. Juli 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 29) tritt und daß § 2 dieser Verordnung als auf Grund von § 14 der Reichsverordnung vom 10. Januar 1918 erlassen zu gelten haben, so daß Zusammenfassungen gegen die Ratverordnung auf Grund von § 18 der Verordnung vom 10. Januar 1918 in Verbindung mit § 2 dieser Verordnung strafbar sind.
III. der § 5 der Ratverordnung vom 16. Januar 1917 in der Fassung als oben I und II angeführt werden: Jeder Geschäftsinhaber hat alle mit dem Besitze von Futtermitteln von ihm Beauftragten

zur Einhaltung der vorgeschriebenen Preise anzuhalten und die Einhaltung dieser Preise durch die Beauftragten zu überwachen. Außerdem hat jeder Futtermittelhändler die vom Rate angegebenen Preistafeln über die festgesetzten Preise für die Futtermittel in seinen Verkaufsräumen an einer für die Käufer jederzeit zugänglichen Stelle zum Aussehen zu bringen; auf Verlangen des Käufers sind die Preistafeln dem Käufer zur Einsichtnahme vorzulegen. Bei Veränderungen der Preise sind die Preistafeln jeweils rechtzeitig zur Veränderung dem Rate einzuweisen. Leipzig, den 26. April 1918. Nr. 14. Der Rat der Stadt Leipzig.

1000 Mk. Belohnung!

Aus den Arbeitsräumen einer Rauchwarenblenderei in L.-Lindenau haben Einbrecher in der Nacht zum 21. 4. 18 folgende Rauchwaren im Gesamtwerte von 29445 Mk. gestohlen:

- 1 Steinmarder-Garnitur, 5 fellig gez. Nr. 104. J. T.; 1 Jobelstreifen, 1 fellig gez. Nr. 104 J. T.; 5 Edelmarderkelle u. 1 Teil, gez. Nr. 104 J. T.; 1 Dachs-Kollier; 1 Edelmarder-Pelerine, 14 fellig gez. Nr. 90; 1 Marder-Kragenteil, 3 fellig Nr. 85; 1 Jobel-Garnitur Nr. 83; 6 Nutria-Gegenstände; 44 Baumarderkelle mit Plombe; BS; 1 Netz-Stola-Teil Nr. 105; 4 Schmaffen; 1 Sealotter und 1 Sealotter-Kragen; 112 Kaninfelle, schwarz gefärbt; 13 Hasenfelle, schwarz gefärbt;

50 Kagenfelle, schw. gef.; 138 Jittsfelle; 77 naturelle und schwarz gefärbte Fuchsfelle.

Für Ermittlung der Täter und Wiederherbeischaffung der gestohlenen Waren werden 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Beobachtungen, die zur Aufklärung dieses Diebstahls dienen könnten, bittet man umgehend der Kriminalpolizei mitzuteilen. Nr. 2. A. 11 1818 Leipzig, den 25. April 1918. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Fleischverteilungskasse der Stadt Leipzig.

Heute - Freitag - den 26. April 1918. Fleischverteilung

Raum 1 Uhr Nr. 891 - Schluß 1 der Berechtigungs-ausweise 241-300

Die Fleischverteilungskasse kommen 25% des betreffenden angebotenen Regelbedarfes zur Verteilung.

Sparkasse der Stadt Grimma. Geschäftstagen jeden Sonntag von 8-1 Uhr. Sonntags durchgehend von 8-2 Uhr. Einlagen werden mit 3 1/2 v. J. täglich verzinst.

Familien-Nachrichten

Heute wurde uns zu unserer großen Freude ein Sohn geboren, der den Namen Lukas Andreas tragen soll. Leipzig, Wiesenstraße 5. 25. April 1918. Dr. Peter Reinhold Caroline Reinhold geb. Merck.

In den letzten schweren Kämpfen erlitt den Heldentod fürs Vaterland unser Kamerader Herr Georg Seib Soldat in einem Infanterie-Regt. Wir verlieren in ihm einen äußerst pflichtgetreuen Kameraden, der sich unser volles Vertrauen erworben hatte. Ferner betraten wir tief den Verlust unserer bisher auf dem Felde der Ehre gefallenen Angestellten: Gehilfe Johannes Guntermann Oskar Priemer Fahrer Gustav Deibicht Fritz Edler Robert Günther Ewald Heller Richard Jenichen Hermann Koch Oskar Kretschmar. Allen diesen Getreuen werden wir ein ehrendes Andenken bewahren. L.-Rutitzsch, den 23. April 1918. Leipziger Brotfabrik Gebr. Joachim. Pätz & Co.

Illustration of a tea set with a teapot, cups, and saucers. Text: Für Braut-Ausstattungen aparte Tafel-, Kaffee-, Tee-Geschirre! Markt Fahle Rathaus An den Meßsonntagen von 11-6 Uhr geöffnet.

Die soeben erhaltene Mitteilung von dem heldenhaften Tode des Herrn Paul Zitzmann, Unteroffiziers, Inhabers des Eisernen Kreuzes etc., hat uns tief erschüttert. Der Genannte hat als Mitbegründer und Aufsichtsrat 10 Jahre lang unserer Fabrik angehört und dieselbe nach jeder Richtung hin gefördert. Trotz seiner Seßhaftigkeit als Farmer in Argentinien fand er Mittel und Wege, im wahrsten Herosimus, seine Kraft dem deutschen Vaterlande zur Verfügung zu stellen. Wir bedauern den Heimgang dieses wackeren Mannes und Freundes sehr und werden ihm ewig ein treues Andenken bewahren. Grimma i. Sa. Spitzenfabrik Birkigt & Co. G. m. b. H.

Einer feindlichen Fliegerbombe fiel zum Opfer einer meiner pflichtgetreuen Angestellten Herr Johannes Berlin. Ich werde ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren. Leipzig. F. Volckmar.

M. Ritter Tel. 798 Matthäikirchhof 32 Tel. 4904 Beerdigungen, Feuerbestattungen zu dem vom Rat der Stadt genehmigten Tarif. Vertritt die Firma des Vereins für Feuerbestattung. Süd-Filiale: Südstraße 2c. Tel. 31 862. Filiale: L.-Gohlis, Lindenstr. 62, Tel. 50 867.

Mein innigstgeliebter, treusorgender, unermüdetlich tätiger Mann, unser guter Vater und Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der Kaufmann Martin Dietrich ist gestern beimgegangen. Ich kann ihm für seine sich stets gleichbleibende aufopfernde Liebe niemals genug danken. Die Trauerfeier findet am Sonntag, den 28. April, vormittags 11 Uhr in der Kapelle des Südfriedhofes statt. Leipzig, Südstr. 26, am 24. April 1918. Johanna Dietrich geb. Manfroni und Kinder Hans, Rudolf, Fritz, Gertrud. Im Namen der übrigen Hinterbliebenen Pfarrer Lic. Dietrich. Beileidsbesuche werden dankend verboten.

Am 24. April entschlief sanft nach langen, mit Geduld ertragenen Leiden unerwartet unsere herzensgute, geliebte Mutter, Großmutter und Schwester Frau Bertha Sommer geb. Wallach in ihrem 84. Lebensjahre. Die trauernden Hinterbliebenen Alex Benjamin und Frau geb. Sommer Siegfried Sommer und Frau Stabsarzt Dr. Julius Sommer und Frau Frieda Wolf geb. Sommer Margarete Sommer geb. Cantrowitz und Enkelkinder. Leipzig, Halle a. S., Hamburg. Die Beerdigung findet Sonntag, den 28. April, 12 Uhr, von der Parentationshalle des 1. Friedhofes aus statt. Von Blumenschmuck und Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Große Posten bunt dekorierte Porzellan-Tassen, mit Untertasse 40 50 65 85 Goldrand: mit Untertasse Obertasse 60 85 Rathaus Fahle Markt. An den Meß-Donntagen 11-6 geöffnet.

Heute nachmittags 1/2 Uhr entschlief sanft nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein herzensguter, innigstgeliebter Mann, der treusorgende Vater meines Kindes, unser lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Postsekretär Hermann Unger kurz vor Vollendung seines 40. Lebensjahres. Leipzig, Kropprinstraße 81, den 25. April 1918. In tiefster Trauer Lydia Unger geb. Glas nebst Tochter Charlotte, englisch im Namen aller Hinterbliebenen. Tag der Beerdigung wird noch bekanntgegeben.

Loge Apollo. H. 4 U. Schwesternzirk. in Vorträgen Tunnel, Roßstr. 8. Loge Minerva. 8 Uhr Konf. Loge zur grünenden Eiche. 7 1/2 U. Klub (Vorträge).



53. und 54. Eierverteilung.

Die blauen Eiermarken G 4 und G 5 sind je 1 (Ei) gültig. Der Kleinverkaufspreis der Eier, die wieder wie üblich getrennt sind, beträgt 75 Pf. für das Stüd.

Entnahme der Eierbezugsbefehle in der Bezugshausstelle durch die Eiergroßhändler Mittwoch, den 1. Mai.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 17048 die Firma Wehhaus Reichs...

Einhaber aufgeschlüsselt. Der Verlagsbuchhändler Kurt Mühlh. Paul Wolf in Leipzig ist gestorben.

Handels-Zeitung Vom Ruhrkohlenmarkt

schreibt uns unser dortiger gr-Mitarbeiter: Auf dem Ruhrkohlenmarkt gestalten sich die Verhältnisse allmählich wieder etwas besser. Die Lieferungen konnten jüngst teilweise schon erheblich verstärkt werden.

ep Mannesmannröhren-Werke—Unser Fritz. In der Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaft Unser Fritz waren 972 Kuxe vertreten, von denen 901 Kuxe auf den Besitz des Mannesmann-Konzerns fielen.

Die Höchstpreise für Eisenschrot, die durch die Schrothandels-gesellschaft festgesetzt worden sind, sind nicht mehr löhrend. Erneut haben daher zahlreiche Werke und Händler dem Kommissar der Eisenzentrale in Berlin Eingaben unterbreitet.

Die Dresdener Börse nahm an den beiden letzten Tagen bei fester Tendenz sehr ungünstigen Verlauf. Auf dem Aktienmarkt kam es erneut zu großen Umsätzen und lebhaften Kursereignissen.

Sport und Spiel

Militärspport In Wurzten fanden sich am Mittwoch nachmittags Feld-Art.-Regt. 77 und Feld-Art.-Regt. 78 in Anwesenheit mehrerer Offiziere, unter denen sich die Sportoffiziere der Mannschaften, Leutnant Quick (77. F.-A.-R.) und Leutnant Kaufmann (78. F.-A.-R.) befanden, im Weitzfeld gegenüber.

Pferdesport Die Hamburger Derby-Woche am 23., 24. und 26. Juni geht bei Herzlichster Unterstützung gleich dem Berliner Rennen einen gewaltigen Aufschwung, für die 21 Prämien werden insgesamt 411.000 M. an Preisen ausbezahlt.

Die Berliner Eissport-Woche am 23., 24. und 26. Juni geht bei Herzlichster Unterstützung gleich dem Berliner Rennen einen gewaltigen Aufschwung, für die 21 Prämien werden insgesamt 411.000 M. an Preisen ausbezahlt.

Teaeröhren, Hirsch Glas und Porzellan Tisch. Wenig verändert waren Zimmermann, Schönherr, Gebrüder Unger, Eschebach, Seck, Krause und Beumann und Weissenborner Papier, Seidel & Naumann - Aktien geben eine Kleinigkeit nach.

Gläubigerschutzverein für das feindliche Ausland. In den Friedensverträgen mit der Ukraine, Rußland und Finnland ist vereinbart, daß für die Abwicklung der Außenstände und sonstigen privatrechtlichen Verbindlichkeiten die staatlich anerkannten Gläubigerschutzverbände zur Verfolgung der Ansprüche der ihnen angeschlossenen Personen wechselseitig anzuerkennen und zuzulassen sind.

Rauchwarenversteigerung. Bei der am 24. und 25. April abgehaltenen Rauchwarenversteigerung bei der Firma Gerhard & Hoy fanden alle angebotenen Gattungen, insbesondere Fische, Marder, Risam, Alliswem, Maulwürfe und verschiedene Arten Felle bei regster Teilnahme der hiesigen Rauchwarenhändler wie auch seitens auswärtiger Händler zu steigenden Preisen schlanken Absatz.

Nationalbank für Deutschland. Der „Tägl. Rundsch.“ zufolge schweben Verhandlungen wegen des Eintritts des Bankiers Julius Goldschmidt vom Berliner Bankhaus Schwarz, Goldschmidt & Co. in den Vorstand der Nationalbank für Deutschland.

Deutsche Bank. Wie bereits in der gestrigen Abendausgabe angekündigt, veröffentlicht das Institut im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer seinen Geschäftsbericht für das abgelaufene Rechnungsjahr 1917 im vollständigen Wortlaut.

Oesterreichische Credit-Anstalt. Durch Bekanntmachung im Anzeigenteil wird die Generalversammlung auf den 18. Mai einberufen.

Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgar Spinneret in Bremen. Interessenten finden im Anzeigenteil die per 31. Dezember 1917 gezielte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

Große Berliner Straßenbahn. In der Hauptversammlung wurde ein Antrag auf Erhöhung der Dividende auf 6 Proz. zurückgewiesen und die Dividende vorschlagsgemäß auf 4 Proz. festgesetzt. Im übrigen wurde das Abkommen mit dem Zweckverband Groß-Berlin, das im wesentlichen auf die Einführung eines 12 1/2-Pfennig-Tariffes hinausgeht, genehmigt.

Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in Braunschweig. Nach dem Geschäftsbericht für 1917 stellten sich die Betriebsergebnisse auf 1,98 (1,50), die Einnahmen aus dem Elektrizitätswerk auf 1,58 (1,43) Mill. Mark. Zu diesen traten noch verschiedene Einnahmen und der Gewinnvortrag, so daß sich ein Rohgewinn von 3,58 (2,90) Mill. Mark ergab.

Oldenburg-Portingische Dampfschiffreederei, Akt.-Ges., in Hamburg. Die neuen Dampfer der Unternehmense, die in 1917 in der Ostsee beschliffen waren, erzielten gute Gewinne, allerdings nur dadurch, daß die Gesellschaft einen Teil der Kriegslieferung selbst übernahm.

Germania, Lebensversicherungs-Akt.-Ges., zu Stettin. In 1917 erzielte das Unternehmen einen Ueberschuß von 15 (1. V. 14,44) Mill. Mark, aus dem die Versicherten rund 95 Proz. und die Aktionäre eine Dividende von 24 (1. V. 27) Proz. erhalten sollen. Trotzdem aus dem Kriegsfonds bereits 4 Millionen Mark gezahlt worden sind, ist dieser Fonds auf 6,7 Mill. Mark gestiegen.

Württembergische Transport-Versicherungs-Gesellschaft zu Heilbronn. Nach dem von der Generalversammlung angenommenen Geschäftsbericht für 1917 erzielte die Gesellschaft einen Ueberschuß von 1,28 Mill. Mark. Hierzu traten noch Kapitalzinsen auf 21.966 (24.911) M., Kursgewinn auf verkaufte Wertpapiere auf 4.000 (10) M., aus der Prämien- und Schadenreserve aus 1917 ein Betrag von 78.824 M., Rückstellungen für Minderwert der Wertpapiere aus 1917 von 10.000 M., so daß die Gesamteinnahme von 324 (226) Mill. Mark resultiert.

Sächsisch-Böhmische Portland-Zement-Fabrik, Akt.-Ges., in Dresden. Die Hauptversammlung genehmigte die mit einem Verlust von 143.555 M. abschließende Bilanz und wählte als zwölftes Mitglied neu in den Aufsichtsrat Kaufmann Karl Dittrich-Dresden und an Stelle des ausscheidenden Aufsichtsrats-

vorstehenden Generalkonsul von Klemperer dessen Sohn Hankdirektor Dr. Viktor von Klemperer. Die Verwaltung teilte mit, daß die Aussichten weitaus besser seien als im Vorjahr, da die Zementpreise in Oesterreich inzwischen erhöht worden seien.

Vereinigte Hautschlauch- und Gummiwarenfabriken, Akt.-Ges., zu Gotha. Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf 10 Proz. fest und beschloß, unter Auflösung der Dividendenreserve weitere 4 Proz. auszuschütten.

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer, Akt.-Ges., in Frankfurt a. M. Nach unserer Meldung vom 4. März über die wichtigsten Abschlußkriterien soll bekanntlich eine Dividende von wieder 25 Proz. und ein Bonus von 50 (0) M. verteilt werden.

Deutsche Benzol-Vereinigung in Bochum. Der im Jahre 1917 erzielte Durchschnittspreis für 90er Handelbenzol stellt sich auf 31,50 M. für 100 kg.

Preishöhung für Buchbinderarbeiten. Der Band deutscher Buchbinderleistungen erhöhte, wie uns unser Mitarbeiter drahllich berichtet, den Teuerungsausgleich für Broschüren, Deckenbände und Druckböcher auf 100 Proz. und den für Geschäftsbücher auf 150 Proz.

Dividendenerklärungen. Deutsche Gubstahlfabrik- und Maschinenfabrik, Akt.-Ges., in Schweinfurt wieder 25 Proz. Vereinigte Glanzstofffabriken, Akt.-Ges., in Eberfeld 20 (1. V. 16) Proz. Berlinische Bodengesellschaft wieder 10 Proz. Berliner Boden-Kreditgesellschaft 15 (1. V. 1) Proz. Hamburger Hochbahn-Akt.-Ges. 5 1/2 (1. V. 4) Proz.

Merktafel für Kapitalisten

Table with 2 columns: Date and Company Name. Includes entries like 1. Mai, Julius Berger, Tiefbau-Akt.-Ges., 11. Mai, Offener Eisenwerk, 12. Mai, Berliner Boden-Kreditgesellschaft.

Devisenkurse unverändert.

Von der gestrigen Berliner Produktenbörse wird gemeldet: Die Tendenz für alle Waren ist augenblicklich im allgemeinen etwas fester, wenngleich noch rechtlich ein Anzeichen zu bemerken ist.

Radsport

Die beiden Damenmannschaften des V. 1. B. und S. C. E. haben am Sonntag, 27. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Sportplatz im Weitzfeld gegenüber, die 3. 1. B.-Einzelnen haben in letzter Zeit eine Reihe von Siegen erzielt.

Reichstafelistik

Die Berliner Eissport-Woche am 23., 24. und 26. Juni geht bei Herzlichster Unterstützung gleich dem Berliner Rennen einen gewaltigen Aufschwung, für die 21 Prämien werden insgesamt 411.000 M. an Preisen ausbezahlt.

Ruderport

Die Berliner Eissport-Woche am 23., 24. und 26. Juni geht bei Herzlichster Unterstützung gleich dem Berliner Rennen einen gewaltigen Aufschwung, für die 21 Prämien werden insgesamt 411.000 M. an Preisen ausbezahlt.

Wintersport

Die Berliner Eissport-Woche am 23., 24. und 26. Juni geht bei Herzlichster Unterstützung gleich dem Berliner Rennen einen gewaltigen Aufschwung, für die 21 Prämien werden insgesamt 411.000 M. an Preisen ausbezahlt.

Haus der Schwämme

Die Berliner Eissport-Woche am 23., 24. und 26. Juni geht bei Herzlichster Unterstützung gleich dem Berliner Rennen einen gewaltigen Aufschwung, für die 21 Prämien werden insgesamt 411.000 M. an Preisen ausbezahlt.







Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei. Bilanz vom 31. Dezember 1917.

Financial statement table with columns for assets (Aktiva) and liabilities (Passiva). Includes sections for 'Kassa- und Wechsel-Konto', 'Material-Konto', 'Darlehen-Konto', 'Reservefonds-Konto', 'Gewinn- und Verlust-Konto', and 'Gewinne'.

Die Dividende für das Geschäftsjahr 1917 gelangt vom 24. April ab mit M. 120.— für die Aktie - 12% gegen Einlieferung des Dividenden Scheines pro 1917.

Leipziger Schauspielhaus. Die deutschen Kleinstädter. Capital in vier Akten von Max Kautsky. In der Bearbeitung von Max Kautsky. In Szene gesetzt von W. Weidemann.

Kriegswichtige Dreher- u. Schlofferarbeiten. Formen sofort zur schnellsten Ausführung übernehmend. Maschinenfabrik C. G. Kaiser & Reimold, Weidau.

20 000 Stück. Ichöne Marke Rohradpflanzungen. Beste Freilandorte, 1000 Stück 30 Pfl., Porto, Umballage frei, weitere Kosten billiger, nicht ab. Emil Grop & Sohn, Rittergutsgärtnerei, Kleinowitz b. Tharandt.

Vaterland-Lichtspiele. „Es werde Licht“ III. Teil. Kulturfilm in 5 Akten. Etwa 2000 Meter. Mit Unterstützung der Aertzlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft Berlin unter Mithilfe von Dr. J. Bloch. „Harry als Badeengel“.

Königs-Pavillon-Lichtspiele. Promadenstraße 8. Etwa 1000 Plätze. Bis einschließlich Sonntag. „Im deutschen Sudan“ mit persönlichem Begleitvortrag seines Verfassers, des Afrikaforschers Hans Schomburgk. Leutnant der Res. Sport u. Jagd. — Ernstes u. Heiteres aus dem Innern Afrikas. Dazu das neue Beiprogramm. Karten zu 50 Pfg. bis 2.30 Mk. Kinder die Hälfte. Der Vortrag beginnt 7,30 Uhr. — Auch für Jugendliche. 7,30 Uhr. — Für Erwachsene.

Nachtfalter. Hainstraße 16/18. Fernsprecher 1250. In den Prachsfälen täglich abends 8 Uhr. Erstklassige Künstler-Abende. Vollständig neue Darbietungen.







